

Europabericht

1. Vierteljahr 2013

*Europakompetenz für Schülerinnen und Schüler -
Sprachvielfalt in der Europäischen Union – das
Fremdsprachenzentrum des Europarats in Graz
Steirische Termine im Brüssel-Büro
Internationale Kontakte der Steiermark
Europarecht aktuell
Europawahlen 2014 - Sitzverteilung im Europäischen Parlament ab
2014
Die Zukunft der Klima- und Energiepolitik bis 2030
Aus dem Ausschuss der Regionen
Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge*

GZ: ABT09-315/2013-77



Das Land
Steiermark

→ Kultur, Europa, Außenbeziehungen



**Sehr geschätzte Abgeordnete zum Landtag Steiermark!
Werte Leserinnen und Leser!**

Der vorliegende Europabericht liefert einen Überblick über die Aktivitäten des Europa-Ressorts im ersten Quartal 2013 sowie Informationen über aktuelle Entwicklungen in der EU.

Am Beginn steht der aktuelle Stand der Umsetzung des Jugendschwerpunktes. In der steirischen Europastrategie ist die Jugend als zentrale Zielgruppe für die Kommunikation über Europa definiert. Wir müssen gerade das Europabewusstsein junger Menschen stärken und ihnen den Nutzen der Europäischen Union für die Steiermark klar machen, wenn wir als Region in Zukunft eine aktive und starke Rolle in der EU spielen wollen. Wir tun dies einerseits mit dem Projekt „EU in Schulen“, bei dem Expertinnen und Experten unseres Ressorts sowie Studentinnen und Studenten am Institut für Europarecht der Karl-Franzens-Universität in Schulen gehen und im Rahmen einer Doppelstunde über die EU und aktuelle Europa-Themen informieren. Außerdem hat die Landesregierung auf meinen Antrag hin beschlossen, für heuer 75.000 Euro für die Förderung von Reisen steirischer Schulklassen in die EU-Hauptstädte Brüssel, Straßburg und Luxemburg zur Verfügung zu stellen. Mit diesen Mitteln können 750 steirische Schülerinnen und Schüler unterstützt werden. Die jungen Menschen haben damit die Möglichkeit, hinter die Kulissen der EU-Institutionen zu blicken und vor Ort zu erfahren, welche Möglichkeiten der Mitsprache eine Region wie die Steiermark in Europa hat. Das große Interesse der Schulen und die vielen positiven Rückmeldungen zeigen, dass das Projekt ein voller Erfolg ist.

Neben den bekannten Rubriken zu den neuen Rechtsakten auf europäischer Ebene, die für die Steiermark von Relevanz sind, den aktuellen Vertragsverletzungsverfahren, den Beratungen aus dem Ausschuss der Regionen sowie den internationalen Tätigkeiten der Steiermark, wird in diesem Bericht im Thementeil auf die Ausarbeitung der Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union bis 2030 eingegangen sowie ein erster Ausblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 geboten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Buchmann

Landesrat für Wirtschaft, Europa und Kultur



Inhalt

1a: Die Steiermark in der EU – Thementeil4
Europakompetenz für Schülerinnen und Schüler -.....4
Sprachenvielfalt in der Europäischen Union – das
Fremdsprachenzentrum des Europarats in Graz5

1b: Die Steiermark in der EU – Infoteil.....7
Steirische Termine im Brüssel-Büro7
Internationale Kontakte der Steiermark.....8
Europarecht aktuell10

2a: Europa und die Steiermark – Thementeil13
Europawahlen 2014 - Sitzverteilung im Europäischen Parlament ab
2014.....13
Die Zukunft der Klima- und Energiepolitik bis 203014
Aus dem Ausschuss der Regionen.....15

2b: Europa und die Steiermark – Infoteil18
Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge.....18



EUROPASTRATEGIE

Die steirische Europastrategie wurde vom Landtag am 27. September 2011 beschlossen. Immer wieder wird im Europabericht über Aktivitäten informiert, die in Umsetzung dieser Strategie erfolgen. Um dies transparenter zu gestalten, macht die nebenstehende Grafik deutlich, dass die beschriebene Initiative Teil der Umsetzung der [Europastrategie](#) ist.

=> www.europa.steiermark.at



1a: Die Steiermark in der EU – Thementeil

Europakompetenz für Schülerinnen und Schüler -

Europainformation und Unterstützung von „EU-Exkursionen“

Die Stärkung des Europabewusstseins von Jugendlichen ist eine zentrale Aufgabe der Europainformation. Daher bietet das Europaressort in Kooperation mit dem Institut für Europarecht der Karl-Franzens-Universität Graz Schulen die Möglichkeit, **Vortragende zum Thema EU** anzufordern, bzw. zu Vorträgen in das Europa-referat des Landes zu kommen. Im ersten Quartal 2013 wurden folgende Termine absolviert:

	Schule / Ort
Januar	Hauptschule Waldbach
Februar	FS Haidegg BAKIP Judenburg BRG Kepler HLW Krieglach
März	PTS Hitzendorf AHS Bruck an der Mur BG Rein BRG Kepler

Näheres zu „EU in Schulen“ finden Sie [hier](#).

Ein zweites Mittel zur Stärkung des Europabewusstseins Jugendlicher ist die finanzielle Unterstützung von **Schülerreisen in die „Hauptstädte“ der Europäischen Union und des Europarates**; eine Förderrichtlinie für 2013 wurde von der Landesregierung auf Antrag von Landesrat Dr. Christian Buchmann am 29. November 2012 beschlossen. Um Förderungen zu erhalten, muss der Reise ein pädagogisches Konzept zu Grunde liegen, das sich mit der Relevanz europäischer Vorgänge für Jugendliche und junge Erwachsene beschäftigt. Im ersten Quartal des Jahres wurden bereits Förderanträge für 400 steirische Schülerinnen und Schüler zu jeweils 100 Euro gestellt.



- ⇒ Das [Antragsformular](#) zur Förderung von SchülerInnenreisen nach Brüssel, Straßburg oder Luxemburg ist auf „www.europa.steiermark.at“ zu finden und muss per Post an das Referat Europa und Außenbeziehungen übermittelt werden. Der Antrag muss spätestens zwei Monate vor dem Beginn der geplanten Fahrt gestellt werden (Datum des Poststempels). Die Förderzusage erfolgt schriftlich.

Sprachenvielfalt in der Europäischen Union – das Fremdsprachenzentrum des Europarats in Graz

Das Europäische [Fremdsprachenzentrum](#) (EFSZ) in Graz ist eine Einrichtung des [Europarats](#) in Straßburg und steht seinen Mitgliedsstaaten bei der Ausarbeitung von Sprachbildungsprogrammen zur Seite.¹ Österreich hat sich als Gastland zur Bereitstellung und Betreuung eines Standortes verpflichtet. Als Standort wurde die Landeshauptstadt Graz gewählt, die nunmehr seit 1994 mit dem EFSZ über eine internationale Institution verfügt.

Aufgabe des EFSZ ist es, in Kooperation mit der Abteilung für Sprachenpolitik des Europarates als Plattform und Expertenpool für Reformen im Bereich Lehren und Lernen von Sprachen in ganz Europa zu agieren. Es unterstützt insbesondere Fachleute in den Mitgliedstaaten dabei, sprachpolitische Kompetenzen mit der Praxis der Sprachenbildung zu verbinden. Aktuell sind 31 von 47 Staaten des Europarates Mitglieder des Abkommens über das EFSZ. Serbien will dem Abkommen in naher Zukunft als 38 Mitglied beitreten.

Die grundlegenden Ziele des Fremdsprachenzentrums sind:

- das Erlernen und Lehren von Fremdsprachen zu fördern;
- den Dialog zwischen den Akteuren (z.B. Behörden, Interessensgruppen) fördern;
- die Ausbildung von Multiplikatoren;
- die Förderung von Netzwerken und Forschungsprojekten.

¹ Der Europarat mit Sitz in Straßburg hat heute 47 Mitgliedsstaaten und umfasst damit fast alle Staaten Europas. Er wurde am 5. Mai 1949 gegründet, um in ganz Europa gemeinsame und demokratische Prinzipien zu entwickeln. Grundlage hierfür ist insbesondere die Europäische Konvention für Menschenrechte.



Das Erlernen von Fremdsprachen ist aber nicht nur im Rahmen des Europarats, sondern auch in der Europäischen Union nach wie vor ein wichtiges Ziel, da es in ganz Europa rund 100 verschiedene Sprachen gibt. Um zu einem Verständnis der BürgerInnen zu gelangen ist es daher wichtig die Kommunikation in den verschiedenen Sprachen Europas zu fördern.

Das Europäische Parlament widmet sich dieses Jahr beispielsweise dem Thema des Erhalts der Sprachenvielfalt. In einem Initiativbericht wird es auf den Erhalt der Sprachenvielfalt Europas eingehen und insbesondere auf das Thema der bedrohten Sprachen hinweisen. Der Kulturausschuss stimmt im Juni 2013 über den [Bericht](#) dazu ab. In seinem Bericht über gefährdete Sprachen soll aufgezeigt werden, wie europäische Länder bedrohte Sprachen unterstützen. Gemeinden, die ihre Sprachenvielfalt schützen wollen, sollen vom Europaparlament in ihren Bestrebungen unterstützt werden.

Die EU und der Europarat kooperieren in der Sprachenpolitik eng, da sich die Ziele der beiden Organisationen decken – so wird am 26. September alljährlich der „[Europäische Tag der Sprachen](#)“ in Kooperation mit der Europäischen Kommission in ganz Europa gefeiert um die Sprachenvielfalt Europas in den Vordergrund zu stellen. Das Fremdsprachenzentrum in Graz ist jedes Jahr mit zahlreichen Veranstaltungen und Projekten zum Thema beteiligt. Nach dem Erfolg des Europäischen Jahres der Sprachen 2001 wurde beschlossen die Sprachenvielfalt Europas alljährlich gemeinsam zu feiern.

Der „Europäische Tag der Sprachen“ hat folgende allgemeine Ziele:

- der Öffentlichkeit die Bedeutung des Sprachenlernens bewusst zu machen und dafür zu sorgen, dass mehr verschiedene Sprachen gelernt werden, um so Mehrsprachigkeit und interkulturelles Verständnis zu fördern;
- die sprachliche und kulturelle Vielfalt Europas zu fördern, die es zu erhalten und zu pflegen gilt;
- lebenslanges Sprachenlernen in und außerhalb der Schule zu fördern, sei es für Studien- oder berufliche Zwecke, aus Gründen der Mobilität oder aus Freude und für den Austausch.

Die Finanzierung des Standorts Graz wird gemeinsam von Land, Bund und Stadt Graz getragen – der jährliche Beitrag des Landes beträgt dabei € 125.000. Für die organisatorische Arbeit wurde ein eigener Verein als Trägerverein gegründet, dessen Aufgabe es ist, den Standort zu verwalten, weiterzuentwickeln und für Österreich geeignete zusätzliche Nutzungen und Aktivitäten zu erreichen.



In der Steiermark wurde darüber hinaus am Standort des EFSZ in Graz das „[Netzwerk Sprachen](#)“ gegründet. Dieses dient als Plattform für den Austausch und die Nutzung von Synergien für Institutionen mit Kompetenzen im Sprachenbereich. Es fördert insbesondere die stärkere Positionierung als europäische Kompetenzstadt für Sprachlehrforschung, LehrerInnenausbildung und fachsprachliche Didaktik. Das Sprachennetzwerk Graz ist ein Zusammenschluss von 15 Organisationen, die die europäische Ebene, Bundes- und Landesebene, sowie Universität und Sprachzentren abdecken. Das „Sprachenforum 2012“ galt als Auftaktveranstaltung zu einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema der Mehrsprachigkeit.

1b: Die Steiermark in der EU – Infoteil

Steirische Termine im Brüssel-Büro

Es waren im ersten Quartal 2013 folgende Gruppen im Steiermark-Büro in Brüssel zu Besuch, um sich über die EU und die Vertretung der steirischen Interessen vor Ort zu informieren:

21.02.2013: Steirischer Bauernbund Frauental → Nachdem sich die Gruppe im Europäischen Parlament und der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission umfassend über die zukünftige europäische Landwirtschaftspolitik informiert hatte, wurde anschließend im Steiermark Büro weiterdiskutiert. Themen waren insbes. das steirische Kernöl, die Etikettierung von Lebensmitteln, Energiefragen und die Luftqualitätspolitik.

14.03.2013: LandesschülervertreterInnen und SchulsprecherInnen → Angesichts des laufenden EU-Gipfels konnten die SchülervertreterInnen einen guten Einblick in den Brüsseler „Alltag“ bekommen. Im Steiermark Büro wurde intensiv die Frage diskutiert, wie Informationen über die EU besser für SchülerInnen und Schulen zugänglich gemacht werden können.

20.03.2013: HLW Krieglach → Nach dem Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg, führte die SchülerInnen ihr Weg ins Steiermark Büro. Nach einem informativen Vortrag über die Aufgaben der SteirerInnen in Brüssel wurde u.a. über Lobbying und die Zweisprachigkeit in Belgien diskutiert.

Zu den [Berichten](#)



Internationale Kontakte der Steiermark

Botschafterbesuch der Arabischen Republik Ägypten – 09.01.2013

Zu Beginn des Jahres stattete der ägyptische Botschafter Khaled Abdelrahman Abdellatif Shamaa Landeshauptmann Mag. Franz Voves einen Antrittsbesuch in der Grazer Burg ab und betonte dabei die guten Beziehungen zwischen Ägypten und der Steiermark. Zahlreiche Landsleute absolvieren ihr Studium etwa an der Montanuniversität Leoben oder auch an der Karl-Franzens-Universität Graz.

Die Steiermark weiß Ägypten als Partner zu schätzen und sieht in den unterschiedlichsten Bereichen – von der Wissenschaft, über Wirtschaft und Tourismus bis hin zur Kultur – Anknüpfungspunkte für gemeinsame Projekte.

Botschafterbesuch aus Indien – 11.01.2013

Einen fruchtbaren Austausch gibt es zwischen der Steiermark und Indien, vor allem in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, der künftig intensiviert werden soll, wie Herr Landeshauptmann Mag. Voves und der indische Botschafter Ramachandran bei einem Besuch in der steirischen Landeshauptstadt versicherten. Ein Beispiel für die indisch-steirische Kooperation ist der Satellit „TUG-SAT1“, der an der Technischen Universität Graz entwickelt wurde und mit einer indischen Trägerrakete ins All startet.

Besuch des österreichischen Botschafters in Slowenien – 24.01.2013

Seit jeher verbindet Slowenien und die Steiermark eine gute bilaterale Zusammenarbeit. Im Rahmen eines Gespräches zwischen dem österreichischen Botschafter in Slowenien, Clemens Koja, und Herrn Landeshauptmann Mag. Voves wurden die Möglichkeiten künftiger Kooperationen, etwa im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit oder in unterschiedlichen Bereichen von Verkehr bis Kultur, zum Thema gemacht.

Der Botschafter war von 1994 bis 1997 Gesandter-Botschaftsrat an der österreichischen Botschaft beim Heiligen Stuhl in Rom. Seit August 2012 ist Koja österreichischer Botschafter in Slowenien.

Delegation aus Schlesien zu Gesprächen im Referat Europa und Außenbeziehungen - 12.02.2013

Im Jahr 2012 hat die steirische Partnerregion Schlesien mit der Steiermark ein Comenius-Regio-Bildungsprojekt gestartet. Es geht darin um die Verbesserung der Bildungsqualität an Schulen, um den Austausch von Unterrichtsmethoden und deren Umsetzung in der Praxis sowie um die Stärkung regionaler Kooperationen.





Als Partner im Projekt sind das BORG Feldbach, die Gemeinde Raabau und das Steirische Vulkanland von steirischer Seite sowie der Bezirk Zywiec in Polen eingebunden. Durch dieses Projekt werden zudem die langjährigen Kontakte zwischen der Region Zywiec und dem Steirischen Vulkanland gefestigt.

Am 12.02.2013 war eine Delegation aus Zywiec/Schlesien zu einem Projekttreffen in Graz. Unter den Gästen befanden sich neun polnische Lehrerinnen des Schulkomplexes für Agrar- und Allgemeinbildung aus Zywiec.

Ein Kooperationsabkommen mit der Wojwodschaft Schlesien wurde am 17. Jänner 2004 befristet auf 10 Jahre geschlossen.

Botschafterbesuch aus Australien – 14.02.2013

Bei seinem Antrittsbesuch bei Landeshauptmann Mag. Franz Voves betonte der australische Botschafter David Gordon Stuart, dass Australien ein bedeutender Markt für Qualitätsprodukte aus Österreich ist. Unter den mehr als 70 österreichischen Unternehmen in Australien finden sich auch zahlreiche steirische Leitbetriebe, etwa aus der Stahlindustrie, dem automotiven Sektor sowie dem Bereich der erneuerbaren Energie.

Die räumliche Distanz tut den guten Beziehungen keinen Abbruch: Rund 130.000 australische Touristen kamen in den vergangenen eineinhalb Jahren nach Österreich - viele davon auch in die Steiermark.

Botschafterbesuch aus der Islamischen Republik Iran – 26.02.2013

Botschafter Hassan Tajik, der im Juli vergangenen Jahres zum Botschafter der Islamischen Republik Iran für Österreich und die Republik Slowakei nach Wien entsandt wurde, kam in dieser Funktion zu einem Antrittsbesuch zu Herrn Landesrat Dr. Buchmann nach Graz. Die Beziehungen der Steiermark zum Iran sind vor allem durch iranische Studierende an steirischen Universitäten geprägt, von denen viele in den vergangenen Jahrzehnten auch nach Ende ihres Studiums in der Steiermark geblieben sind.

Besuch der Kultur- und Tourismusministerin Frau Galina Nikolajevna Sokolova der russischen Region Rjasan bei Landesrat Buchmann – 06.03.2013

Im Rahmen eines mehrtägigen Besuchs in der Steiermark traf Herr Landesrat Dr. Buchmann die Kultur- und Tourismusministerin von Rjasan, Frau Galina Nikolajevna Sokolova, zu einem Arbeitsgespräch, in dessen Rahmen mögliche Kulturprojekte besprochen wurden.



Botschafterbesuch aus der Bundesrepublik Deutschland – 11.03.2013

Der deutsche Botschafter Detlev Runger absolvierte am 11.03.2013 seinen Antrittsbesuch bei Landeshauptmann Mag. Franz Voves. Begleitet wurde er dabei vom Hauptgeschäftsführer der deutschen Handelskammer in Österreich, Thomas Gindele, und vom deutschen Honorarkonsul und Vorstandsvorsitzenden der Andritz AG, Dr. Wolfgang Leitner.

Botschafter Runger zeigte sich vor allem von der Ski-WM in Schladming beeindruckt, der er selbst beiwohnte, und gratulierte zur erfolgreichen Abwicklung der Weltmeisterschaft.

Schüleraustausch mit Departement de la Vienne - 13.-14.03.2013

Im Rahmen der Kooperation mit dem Departement de la Vienne fand im März 2013 der vierte individuelle Schüleraustausch statt. Für 18 Schülerinnen und Schüler aus dem Departement de la Vienne und ihre Gasteltern wurde in der Landesbuchhaltung ein Empfang gegeben, an dem auch der Botschafter der Republik Frankreich, S.E. Herr Stephane Gompertz, teilnahm.

Im Rahmen dieses Besuchs schlug der Principal des Collège Guerin de Poitiers, Fares Cheniguer, für das nächste Jahr zusätzlich die Durchführung eines kulturellen Projekts im Musikbereich vor.

Botschafterbesuch aus Kuba – 21.03.2013

Kubas Botschafter Juan Carlos Marsan besuchte seit seinem Amtsantritt im Jahr 2011 bereits mehrfach die Steiermark, mit der Kuba einen regen universitären und kulturellen Austausch pflegt. Seine Exzellenz, der auch für Slowenien und Kroatien zuständig ist, unterstrich bei seinem Hoflichkeitsbesuch bei Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves den Wunsch nach verstärkten Kooperationen im Bereich Wirtschaft.

Zu den [Berichten](#) über die internationalen Kontakte der Steiermark.

Europarecht aktuell

RECHTSANPASSUNG IN DER STEIERMARK

[Gesetz](#) vom 11. Dezember 2012 zum Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen (Steiermärkisches Pflanzenschutzgesetz), LGBl. Nr. 8/2013, in Umsetzung der Richtlinie 2000/29/EG des Rates vom 8. Mai 2000 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse, ABl. L 169 vom 10. Juli 2000, S. 1,



zuletzt geändert durch die Richtlinie 2010/1/EU der Kommission, ABl. L 7 vom 12. Jänner 2010, S. 17.

[Gesetz](#) vom 22. Jänner 2013, mit dem das Steiermärkische Sozialbetreuungsberufegesetz geändert wird (Steiermärkisches Sozialbetreuungsberufegesetz - StSBBG), LGBl. Nr. 31/2013, in Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22-142.

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN MIT STEIERMARK-BEZUG

Verstoß gegen die Richtlinie 99/30/EG bzw. Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa hinsichtlich der PM₁₀-Grenzwerte in Graz (Vertragsverletzungsverfahren 2008/2183)

Laut Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie 2008/50/EG stellen die "Mitgliedstaaten [...] sicher, dass überall in ihren Gebieten und Ballungsräumen die Werte für Schwefeldioxid, PM₁₀, Blei und Kohlenmonoxid in der Luft die in Anhang XI festgelegten Grenzwerte nicht überschreiten." In Anhang XI der Richtlinie 2008/50/EG sind zwei Arten von Grenzwerten für PM₁₀ festgelegt: Einer für die Konzentration pro Kalenderjahr in Höhe von 40 µg/m³ und einer für die Konzentration pro Tag in Höhe von 50 µg/m³, die nicht öfter als 35-mal im Kalenderjahr überschritten werden darf.

Die Europäische Kommission hatte eine Fristverlängerung für die Einhaltung der PM₁₀ Grenzwerte für den Raum Graz bis zum 11. Juni 2011 unter der Bedingung genehmigt, dass ein modifizierter Luftqualitätsplan erarbeitet und der Kommission übermittelt wird. Dieser wurde der Kommission übermittelt und wird seitdem geprüft.

Umsetzung der Richtlinie 2010/41/EU über zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben (Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2012/317)

Die Umsetzung der Richtlinie in Österreich wurde einer detaillierten Prüfung durch die Europäische Kommission unterzogen. Dabei hat die Kommission zur Umsetzung auf Ebene des Bundes und aller Länder verschiedene Anmerkungen zur genaueren Beschreibung des Richtlinieninhalts in den jeweiligen Gleichbehandlungsgesetzen gemacht. Diesen Anmerkungen wird nun sowohl auf Bundesseite als auch durch die Länder nachzukommen sein. Insbesondere ist der Geltungsbereich der jeweiligen Gleichbehandlungsgesetze explizit auch auf den Zugang zur und Erweiterung von selbständiger Arbeit Bezug zu nehmen. In der Steiermark wird daher eine Überarbeitung des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes erarbeitet, in der diese Klarstellung enthalten ist.

Feinstaub:
Noch keine Entscheidung der Kommission

Gleichbehandlung: Klarstellung des Geltungsbereichs



Berufliche Anerkennung von „Telemarschilehrern“, „Adaptivschilehrern“ und „Nordischen Schilehrern“ in den Schischulgesetzen der Länder (Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2009/4290)

Dieses Verfahren wurde bereits 2009 eingeleitet, dann aber zunächst abgeschlossen. Aufgrund von Beschwerden gegen verschiedene Schischulgesetze österreichischer Bundesländer wurde das Verfahren nun jedoch wieder eröffnet. Es geht dabei um die Rechtsfrage, ob für die Ausübung als Schilehrer in den Sparten Telemarschi, Adaptivschi und Nordisch eine vorherige allgemeine Ausbildung als Schilehrer verlangt werden darf, insbesondere in Fällen, in denen Schilehrer aus dem EU-Ausland in diesen Sparten eine berufliche Anerkennung in Österreich beantragen.

Schilehrer. Berufliche Anerkennung



2a: Europa und die Steiermark – Thementeil

Europawahlen 2014 - Sitzverteilung im Europäischen Parlament ab 2014

Die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament werden vom 22.-25. Mai 2014 stattfinden. Schließlich wurde ein wichtiger Schritt für die Vorbereitung dieser Wahlen vom Europäischen Parlament durch die Unterbreitung eines Vorschlags für die neue Sitzverteilung ab 2014 gesetzt.

Grundsätzlich sind alle EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich wahlberechtigt, die spätestens am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben. Österreichische StaatsbürgerInnen werden automatisch in der Europa-Wählerevidenz der für sie zuständigen Gemeinde geführt. Die Stimmabgabe kann auch mittels Wahlkarte in jedem Wahllokal oder per Briefwahl erfolgen. Wahlkarten können bis zum 4. Tag vor der Wahl schriftlich oder elektronisch, oder bis zum 2. Tag vor der Wahl persönlich beantragt werden. AuslandsösterreicherInnen und EU-BürgerInnen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft mit Hauptwohnsitz in Österreich müssen sich in die Europa-Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde eintragen lassen (möglich in jeder österreichischen Gemeinde oder bei einer österreichischen Vertretungsbehörde im Ausland) und können im Zuge dessen ein Wahlkartenabo beantragen. Alle EU-BürgerInnen, die ihren Hauptwohnsitz in Österreich und am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben, können bei den Europawahlen kandidieren. Dafür muss ein Wahlvorschlag bei der Bundeswahlbehörde eingebracht werden, der entweder von zumindest 2.600 ÖsterreicherInnen, drei Nationalratsabgeordneten oder einer/m Europaabgeordneten unterstützt werden muss. Die Wahlbeteiligung ist bei der letzten Europawahl im Jahr 2009 im Vergleich zur vergangenen Wahl leicht gestiegen und lag bei 46,2 %.

Durch den Beitritt Kroatiens und die im Vertrag von Lissabon festgeschriebene Höchstzahl von 751 Sitzen im EP ist eine Neuverteilung dieser Sitze auf die Mitgliedstaaten erforderlich geworden. Die Entscheidung über die Sitzverteilung fällt der Rat (einstimmig) auf Vorschlag des Europäischen Parlaments. Österreich verliert ab 2014 einen seiner bisher 19 Sitze und wird somit nach der nächsten Wahl nur mehr mit 18 Abgeordneten im EP vertreten sein.

Neben Österreich verlieren auch Rumänien, Griechenland, Belgien, Portugal, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien, Irland und Kroatien sowie Litauen und Lettland einen Europaparlamentarier. Deutschland muss nach der Wahl auf drei



seiner bislang 99 Abgeordnetensitze verzichten. Bereits im Hinblick auf die Europawahlen 2019 wurde vereinbart, vor Ende 2015 einen neuen Vorschlag für ein System vorzulegen, das in Zukunft vor jeder Wahl eine Neuverteilung der Sitze nach klaren und nachvollziehbaren Kriterien sicherstellt. Dieses zukünftige System solle dann auch demographische Änderungen berücksichtigen.

Die Zukunft der Klima- und Energiepolitik bis 2030

Die Europäische Kommission hat am 27.03.2013 einige wichtige Schritte für die Entwicklung der europäischen Energie- und Klimapolitik gesetzt. Es wurde ein [Grünbuch zur Energie- und Klimapolitik bis 2030](#) angenommen und zugleich eine Konsultation dazu eingeleitet. Ebenfalls mit im Paket vorgelegt wurde der Fortschrittsbericht zur Erreichung der Zielvorgaben für 2020 zu den erneuerbaren Energien sowie ein Bericht über die Nachhaltigkeit der in der EU verbrauchten Biokraftstoffe und flüssigen Biobrennstoffe und eine konsultative [Mitteilung über die Zukunft der CO₂ Abscheidung und Speicherung \(CCS\)](#).

Das Grünbuch zur Energie- und Klimapolitik bis 2030:

Nachdem derzeit an der Umsetzung der energie- und klimapolitischen 20-20-20-Ziele gearbeitet wird, macht sich die Kommission mit dem Grünbuch konkrete Gedanken für den Zeitraum bis 2030. Die Kommission strebt darin eine Reduzierung der Treibhausgase bis 2030 um 40 % an (bis 2020 war eine Einsparung um mindestens 20 % gegenüber 1990 vereinbart worden, die Roadmap für 2050 gibt das Ziel vor, bis dahin 85-90 % der Treibhausgasemissionen einzusparen). Dieses 2030-Zwischenziel soll sicherstellen, dass das 2050-Einsparungsziel auch tatsächlich erreicht werden kann. Die Investitionszyklen sowie die anstehenden Verhandlungen auf internationaler Ebene machen eine Positionierung der EU erforderlich. In dem Grünbuch macht die Kommission deutlich, dass die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien (EE) (-20 %) und eine verbesserte Energieeffizienz (Steigerung um 20 %) nicht verhandelbar sind, sondern sogenannte „no regret“-Optionen für den Umbau der europäischen Energieversorgung und den Ausbau intelligenter Energieinfrastrukturen sind. Das Szenario für EE soll 2030 bei 30 % liegen, wie bereits in der Energy Roadmap 2050 vorgesehen. Darüber hinaus sind signifikante Investitionen für die Modernisierung der Energiesysteme notwendig, welche Auswirkungen auf die Energiepreise haben werden.

In dem Grünbuch werden weiters eine Reihe von Fragen für die Konsultation aufgeworfen: Bei welcher Ebene sollen die klima- und energiepolitischen Ziele für 2030 ansetzen (europaweit, national, sektoral) und wie rechtlich verbindlich sollen sie sein? Soll man sich ev. auf nur ein CO₂-Minderungsziel konzentrieren?



Ebenso wird der Nutzen sektoraler Unterziele (z.B. für Landwirtschaft, Verkehr, etc.) thematisiert. Hinsichtlich eines neuen Ziels für den Ausbau erneuerbarer Energien weist die Kommission darauf hin, dass diese Energieformen nach 2020 soweit entwickelt sein werden, sodass ein Förderziel ev. nicht mehr nötig sei. Zum Thema Energieeffizienz sind aus Sicht der Kommission Aspekte wie das Verhältnis verbindlicher Ziele zu verbindlichen Maßnahmen und die Definition des Energieeffizienzziels zu klären. Weiters stellt die Kommission die Frage nach der Ausgestaltung des ETS nach 2020, die Nutzung europäischer Energiequellen, den Ausbau grenzüberschreitender Infrastrukturen und die Förderung von Innovationen. Auch will sie offen weitere Möglichkeiten eigener konventioneller und unkonventioneller Energiequellen prüfen.

Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten müssen gemäß deren Handlungsfähigkeit Kompromisse erarbeitet werden. Hier stehen Ausgleichsmechanismen zwischen Mitgliedstaaten den Interessen des Binnenmarktes gegenüber. Auf Basis der Ergebnisse dieser Konsultation wird die Kommission nach dem Sommer entscheiden ob konkrete Legislativvorschläge oder ein Weißbuch mit Klimazielen für 2030 ausgearbeitet werden, die dann bis Ende des Jahres vorgelegt werden könnten. Ob diese angesichts der 2014 anstehenden Neuwahlen zum Europäischen Parlament noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden, ist fraglich.

Aus dem Fortschrittsbericht über erneuerbare Energien (EE) geht hervor, dass der derzeitige Politikrahmen mit rechtsverbindlichen Zielvorgaben für erneuerbare Energien für ein starkes Wachstum des Sektors der erneuerbaren Energien bis 2010 gesorgt hat, sodass in der EU ein EE-Anteil von 12,7 % erreicht wurde. Damit weitere Fortschritte erzielt und die Ziele für 2020 verwirklicht werden können, sind weitere Anstrengungen erforderlich. Den Investoren müsse Sicherheit gegeben werden, der Verwaltungsaufwand verringert und für mehr Planungsklarheit gesorgt werden.

Aus dem Ausschuss der Regionen

99. PLENARTAGUNG 31.01. – 01.02.2013

Das Jänner-Plenum des AdR stand im Zeichen der Modernisierung des EU-Beihilfenrechts, der Kohäsionspolitik, der Meereswirtschaft und Arbeitsmarktthemen.

Wettbewerbskommissar Almunia ging in seinen Ausführungen nicht nur allgemein auf die Revision des Beihilfensystems ein, sondern behandelte vor allem die Problematik von Beihilfen mit regionaler Zielsetzung. Die Europäische Kommission



kann im Bereich der Beihilfen selbst quasi-gesetzgeberisch tätig werden. Es gibt deshalb derzeit nur einen Entwurf (non paper), der mit den Mitgliedstaaten diskutiert wird und kein offiziell veröffentlichtes Kommissionsdokument.

In dem Entwurf für die Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung wird festgelegt, wo in der EU, in welcher Höhe und was gefördert werden darf. Im Ergebnis verfolgt die EK eine Reduktion der Fördergebiete, von der Österreich auch massiv betroffen wäre.²

Die Stellungnahme des AdR enthält alle österreichischen Kernforderungen:

- Anhebung des Bevölkerungsplafonds;
- Sicherheitsnetz für Regionen, die aus der Förderkulisse fallen;
- Standortverlagerungen sollen durch eine ausgewogene Gebietseinteilung hintangehalten werden;
- Indikatoren der EK (BIP und Arbeitslosigkeit) werden kritisiert;
- Förderung auch von Großunternehmen;
- Neue Definition für KMU.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Zukunft der Kohäsionspolitik. In der beschlossenen Resolution wird auf den aktuellen Verhandlungsstand eingegangen. Kürzungen des mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) und der Mittel für die Kohäsionspolitik werden abgelehnt. Der Rat soll zudem zur Kohäsionspolitik gehörende Akte auch im Mitentscheidungsverfahren diskutieren und nicht im Zusammenhang mit dem MFR. Der AdR droht indirekt mit einer Klage beim EuGH. Für die Mittelzuteilung wird die alleinige Heranziehung der die Kriterien BIP und Arbeitslosigkeit kritisiert; es sollten auch andere Indikatoren berücksichtigt werden. Der Schwerpunkt der Förderungen sollte bei den weniger entwickelten Regionen bleiben.

Arbeitsmarktbezug hatten eine EntschlieÙung zur Jugendgarantie und eine Stellungnahme zur „Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Förderung des Wachstums und der verstärkten Schaffung von Arbeitsplätzen“.

In erster Linie fordert der AdR angesichts der derzeit sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit in der EU rasche und nachhaltige Maßnahmen auf europäischer Ebene. Dazu zählt unter anderem die Implementierung von Programmen der Jugendga-



² Anmerkung: In zwischenzeitlichen Verhandlungen ist es gelungen den Beihilfeanteil für Österreich auf dem heutigen Stand von 22,5% (gemessen an der Bevölkerung) zu belassen.



rantie mit den Bestandteilen Arbeitsplatz, Lehrstelle oder Praktikum für Hochschulabsolventen unter 30 Jahren. Die verschiedenen Ansätze seitens der EK werden begrüßt (Europa 2020, Qualifizierungsinitiativen wie Jugend in Bewegung) und gleichzeitig die wichtige Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Es wird positiv vermerkt, dass in Regionen mit der Auszeichnung *Europäische Unternehmerregion* (Steiermark 2013) besonderes Augenmerk darauf gelegt wird, junge Menschen zu Unternehmensgründungen zu ermuntern.

In der Stellungnahme betreffend die Schaffung von Arbeitsplätzen wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise die Beschäftigungsquote auf 68,9% gesunken (3. Quartal 2011) und die Arbeitslosigkeit der EU im Jänner 2012 auf 10,2% angestiegen ist. Die Europäische Kommission will in ihrer strategischen Mitteilung die beschäftigungspolitischen Prioritäten des Jahreswachstumsberichts der EU für 2012 durch mittelfristige Leitlinien ergänzen, die sich auf die beschäftigungspolitischen Ziele der Strategie „Europa 2020“ für ein intelligenteres, nachhaltigeres und integrativeres Wachstum beziehen. In seiner Stellungnahme begrüßt der AdR die Kommissionsmitteilung, mahnt jedoch konkrete Rechtsetzungsinitiativen der Mitgliedstaaten und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ein. Gleichzeitig wird bedauert, dass nicht ausdrücklich auf die Zuständigkeit der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei Arbeitsplatzschaffung und Beschäftigungsförderung eingegangen wird.

Auch wenn die Thematik für die Steiermark nicht besonders bedeutsam erscheint, soll auf den Schwerpunkt Meereswirtschaft hingewiesen werden. Zwei Stellungnahmen, eine zu „Meereskenntnisse 2020 – Von der Kartierung des Meeresbodens bis zu ozeanologischen Prognosen“ und eine weitere zum „Blauen Wachstum – Chancen für nachhaltiges marines und maritimes Wachstum“ wurden verabschiedet. Das Wachstum und die Beschäftigungsaussichten der Meereswirtschaft können zu einer Erholung der europäischen Wirtschaft beitragen. Derzeit umfasst der Sektor 5,4 Mio. Beschäftigte und eine Bruttowertschöpfung von insges. etwa € 500 Mrd. Bis 2020 werden diese Werte voraussichtlich auf 7 Mio. bzw. € 600 Mrd. steigen. Der AdR begrüßt die laufenden und für die Jahre 2014-2020 geplanten EU-Initiativen, die auf die Unterstützung von Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Förderung des Wachstums der blauen Wirtschaft abzielen.

Die Steiermark wurde im Jänner erneut durch Landesrat Dr. Christian Buchmann in Brüssel vertreten.

Zu den [Dokumenten](#) der Plenartagungen.



2b: Europa und die Steiermark – Infoteil

Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge

Das Europaressort versendet wöchentlich eine nach Themen gegliederte Übersicht der neuen Rechtsakte, die im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Alle Newsletter mit den neuen Rechtsakten finden Sie [hier](#).

Für die vollständige Aufzählung der Rechtssetzungsvorschläge klicken Sie [hier](#).

Im Folgenden werden die wichtigsten Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge, die für die Steiermark von Relevanz sind, zusammengefasst:

NEUE RECHTSAKTE

BINNENMARKT, WETTBEWERB, STEUERN, WIRTSCHAFTS- UND

WÄHRUNGSPOLITIK

[Beschluss](#) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2011/011 AT/Soziale Dienstleistungen, Österreich)

[Beschluss](#) des Rates vom 22. Januar 2013 über die Ermächtigung zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer

[Endgültiger Erlass](#) des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2013

LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

[Durchführungsverordnung](#) (EU) Nr. 65/2013 der Kommission vom 24. Januar 2013 zur Änderung von Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 826/2008 mit gemeinsamen Bestimmungen für die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung von bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen

[Durchführungsbeschluss](#) der Kommission vom 16. November 2012 zur Annahme einer sechsten aktualisierten Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der alpinen biogeografischen Region

[Durchführungsbeschluss](#) der Kommission vom 16. November 2012 zur Annahme einer sechsten aktualisierten Liste von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung in der kontinentalen biogeografischen Region





[Durchführungsverordnung](#) (EU) Nr. 129/2013 der Kommission vom 14. Februar 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1121/2009 hinsichtlich der nationalen Übergangsbeihilfe für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Jahr 2013 und der Verordnung (EG) Nr. 1122/2009 hinsichtlich der Kürzungen in Verbindung mit der fakultativen Anpassung der Direktzahlungen im Jahr 2013

[Durchführungsbeschluss](#) der Kommission vom 26. Februar 2013 über den Ausschluss bestimmter von den Mitgliedstaaten zulasten des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie, des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) getätigter Ausgaben von der Finanzierung durch die Europäische Union

ALLGEMEINES (INSB. RECHTSANGLEICHUNG, NICHT-DISKRIMINIERUNG, UNIONSBÜRGERSCHAFT, VERWALTUNGSZUSAMMENARBEIT)

[Beschluss](#) des Rates vom 22. Januar 2013 zur Ernennung von zwei österreichischen Stellvertretern im Ausschuss der Regionen

[Beschluss](#) des Rates vom 18. März 2013 zur Ernennung eines österreichischen Stellvertreters im Ausschuss der Regionen

NEUE RECHTSSETZUNGSVORSCHLÄGE

BINNENMARKT, WETTBEWERB, STEUERN, WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

[Vorschlag](#) für eine Richtlinie des Rates über die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer

LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

[Arbeitsunterlage](#) der Kommission/Bericht über die Erfahrungen der Mitgliedstaaten mit der Richtlinie 2009/41/EG

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren

VERKEHR, TEN UND INDUSTRIE

[Vorschlag](#) für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (Neufassung)

[Vorschlag](#) für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Eisenbahnsicherheit (Neufassung)



[Vorschlag](#) für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums bezüglich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste und der Verwaltung der Eisenbahninfrastruktur

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Eisenbahnagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 881/2004

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 hinsichtlich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste

UMWELT, ENERGIE UND KATASTROPHENSCHUTZ

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Union an die Kommission und zur Ersetzung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 617/2010

KULTUR, BILDUNG, JUGEND UND SPORT

[Vorschlag](#) für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung einer Aktion der Europäischen Union für die „Kulturhauptstädte Europas“ im Zeitraum 2020 bis 2033

KOHÄSIONSPOLITIK

[Vorschlag](#) für eine Änderung des Vorschlags COM(2012) 496 der Kommission/Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, für die der Gemeinsame Strategische Rahmen gilt, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates